

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Kathi Petersen

Abg. Kerstin Celina

Abg. Johanna Werner-Muggendorfer

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Christine Kamm

Staatsministerin Emilia Müller

Abg. Margit Wild

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich auf:

Artikel 6

"Frühkindliche Bildung"

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Die Gesamtredezeit beträgt 24 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zur Opposition sind wir der Meinung, dass ein Integrationsgesetz, das quasi aus einem Guss ist, auch die Bestimmungen, die mit der Ausführungsverordnung zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz an sich korrespondieren, erwähnen und aufführen soll. So ist es hier im Artikel 6 der Fall, in dem es darum geht, dass in den Kindertageseinrichtungen die zentralen Elemente der christlich-abendländischen Kultur zu erfahren sind. Herr Kollege Schindler hatte in der Ausschussberatung im federführenden Ausschuss gefragt, ob man damit alle katholisch machen will. Selbstverständlich will man das nicht, sondern es geht darum, dass die Konzepte auch hinsichtlich der Entwicklung von freiheitlich-demokratischen, religiösen, sittlichen und sozialen Werthaltungen im Rahmen der Vermittlung der Werte durch die Erzieherinnen und Erzieher verwirklicht werden. Dies wird durch den Artikel 6 noch einmal dokumentiert.

Wir müssen auch feststellen, dass wir den Kindertageseinrichtungen dafür mehr als 6 Millionen Euro zusätzlich als Förderung geben. Deswegen glaube ich, dass wir hier mit der Bestimmung über die frühkindliche Bildung, die inhaltlich deckungsgleich mit der Ausführungsverordnung ist, auf einem guten Weg sind. Ich bitte um Zustimmung zu Artikel 6.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Unterländer, bei aller Euphorie, Sie müssen noch einmal zurück. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Petersen. – Na-

mentliche Abstimmung ist von der SPD-Fraktion auch beantragt. Damit kann die Uhr jetzt schon zu laufen beginnen. Bitte, Frau Petersen.

Kathi Petersen (SPD): Herr Kollege Unterländer, in Artikel 6 Satz 1 heißt es: "Alle Kinder in Kindertageseinrichtungen sollen zentrale Elemente der christlich-abendländischen Kultur erfahren." Was heißt das für Kindergärten, die keinen christlichen Träger haben? Ich weiß, es gibt sehr viele kirchliche Träger von Kitas oder kirchliche Wohlfahrtsverbände. Es gibt aber auch Kitas, die weltanschaulich neutral sind. Wie weit gehen dann diese Elemente der christlich-abendländischen Kultur? Dabei muss man auch noch darauf hinweisen – das kommt selbst in diesem Integrationsgesetz zum Ausdruck –, dass unsere Kultur nicht nur von einer christlich-jüdischen Tradition, die es ohne Zweifel gibt, geprägt ist, sondern auch von Humanismus und Aufklärung. Davon lese ich hier nichts. Ich frage mich, wie weltanschaulich neutrale Kitas dies bewerkstelligen sollen. Wo ist dann die Nächstenliebe, von der auch die Rede ist und die den Respekt vor den religiösen Überzeugungen anderer erfordert? Wie ist das eine mit dem anderen zu vereinbaren?

(Beifall bei der SPD)

Joachim Unterländer (CSU): Frau Kollegin Petersen, ich empfehle Ihnen, sich den Bildungs- und Erziehungsplan anzuschauen.

(Kathi Petersen (SPD): Den kenne ich!)

Dort sind diese Inhalte dokumentiert, die auch von weltanschaulich neutralen Einrichtungen erfüllt werden müssen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was ist das für eine Antwort?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun hat die Kollegin Celina das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Unterländer, sehr geehrte Kollegen von der CSU. So leicht kommen Sie bei der Frage von Frau Petersen nicht davon.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Machen Sie sich keine Hoffnungen!)

Dieser gesamte Artikel ist so abstrus, dass man ihn nicht fünf Minuten lang erläutern und erklären kann. Er exerziert genau diesen Duktus vor, dieses Misstrauen, das sich durch das ganze Gesetz zieht. Deshalb fällt es wirklich schwer, diesen Artikel zu verteidigen, auch wenn man bei der CSU ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem ganzen Artikel kommt das Misstrauen der Staatskanzlei gegenüber ihrem eigenen zuständigen Ministerium, dem Sozialministerium, gegenüber den Erzieherinnen in den Kitas, gegenüber den Kindern in den Kitas und gegenüber den kirchlichen Trägern der Kitas zum Ausdruck. Warum müssen Sie all denen in verschärfte Form vorschreiben, dass sie im Kindergarten die christlich-abendländische Kultur predigen müssen, dass sie sinn- und werteorientiert und in Achtung vor religiösen Überzeugungen leben sollen sowie ihre eigene von Nächstenliebe getragene religiöse oder weltanschauliche Identität zu entwickeln haben. All das ist gelebte Praxis in den Kitas.

Liebe Kollegen von der CSU, wann haben Sie das letzte Mal in Ihrem eigenen BayKiBiG die Artikel 10, 11 oder 12 gelesen? Dort geht es um den Auftrag zu Bildung, Erziehung und Betreuung in den Kitas. Da steht nämlich genau, dass eine angemessene Bildung, Erziehung und Betreuung sicherzustellen ist. Alle Kinder sollen entsprechend der Vielfalt des menschlichen Lebens unterschiedslos in Bildungs- und Erziehungsprozesse eingebunden werden. Dort steht auch, dass Kindertageseinrichtungen dazu beitragen sollen, die Integrationsbereitschaft von Familien mit Migrationshintergrund zu fördern. All das ist schon längst in einem Gesetz geregelt, das Ihr Sozialministerium gemacht hat.

Wissen Sie, wie das Ganze wirkt? Es wirkt so, als würde die Staatskanzlei versuchen, dem Sozialministerium vorzuschreiben, wie es zu arbeiten hat.

(Joachim Unterländer (CSU): Nein!)

Es wirkt so, als ob der Ober den Unter stechen will. Wie anders soll man es verstehen, wenn einem funktionierenden Gesetz ein schwammiges drübergestülpt werden soll? Welches Gesetz gilt denn dann? Sie wollen den Kindern Respekt vor Religion beibringen, stülpen ihnen aber die Ihrer Meinung nach höherwertige Religion über. Das ist doch abstrus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Wo steht denn das?)

Ganz abgesehen davon: In all diesen Paragraphen steht nichts von Förderung. Es ist der übliche Forderungsparagraf, wie das ganze Gesetz überhaupt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was machen Sie denn, wenn eine Kita bewusst keine religiöse Prägung hat? Entziehen Sie ihr dann nach dem Leitkulturgesetz die Betriebs-erlaubnis? Die Kita klagt dann und beruft sich auf das BayKiBiG. Eine solche Situation können Sie doch nicht wollen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Paragraf des Gesetzentwurfs bestätigt genau das, was meine Kollegin Kamm heute Morgen gesagt hat. Sie hat gesagt, wenn Sie dieses Gesetz verabschieden, haben Sie die Probleme nicht hinter sich, sondern vor sich.

Ich sage Ihnen schon jetzt: Sie können mit dem Leitkulturgesetz nicht gewinnen. Sie werden vor Gericht verlieren und auch in der Gesellschaft dann, wenn klar wird, wie unausgegoren und widersprüchlich Ihr Leitkulturgesetz ist. In den letzten Monaten waren Sie so beratungsresistent, dass Sie es nicht anders verdient haben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Celina, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben extra hier vorne eine Blinkanlage installiert, damit wir sehen, wer noch sprechen will. Die Kollegin Werner-Muggendorfer hat nun das Wort.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Liebe Kollegin Celina, ich glaube Sie sind auch Erzieherin; ich bin es auch. Sind Sie mit mir einer Meinung – nicht nur als Abgeordnete, sondern im Herzen auch noch als Erzieherin –, dass alles das, was in dem Entwurf verlangt wird, und alles, was jetzt vorgetragen wurde, bereits im BayKiBiG steht?

Ich habe auch gegen dieses BayKiBiG gekämpft, weil darin vieles enthalten ist, was mir nicht gefällt. Aber das, was jetzt in diesem Integrationsgesetz verlangt wird, steht alles bereits im BayKiBiG. Sind Sie denn nicht auch meiner Meinung, dass das, was jetzt noch dazu gepackt wird, im Grunde nicht nötig ist.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Kerstin Celina (GRÜNE): Zwei Punkte dazu: Ich habe meine Kinder sehr, sehr gerne erzogen, bin aber ansonsten keine Erzieherin, sondern Volkswirtin. Aber ja, ich habe lange ehrenamtlich in Kindergärten mitgearbeitet, und ich bin ganz Ihrer Meinung: Das BayKiBiG regelt all das bereits ausführlich genug. Ein zweites schwammiges Gesetz darüberzustülpen, hat tatsächlich keinen Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. – Nächste Rednerin: Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht noch einmal um die frühkindliche Bildung in Artikel 6 des Integrationsgesetzentwurfes der Staatsregierung.

Alle Kinder in Kitas sollen zentrale Elemente der christlich-abendländischen Kultur erfahren, so steht es im ersten Satz. Genau dieser Satz findet sich ebenfalls in den Ausführungsbestimmungen zum BayKiBiG. Ich frage mich also, warum wir diesen Satz noch einmal im Integrationsgesetz brauchen.

Sehr verwundert bin ich auch über den Satz 4: "Die Kindertageseinrichtungen sollen dazu beitragen, die Integrationsbereitschaft der Familien von Migrantinnen und Migranten zu fördern." Das ist ein wunderbarer Satz. Ich frage mich, wie Sie sich das vorgestellt haben. Vielleicht denken Sie daran, dass zusätzliche Gespräche mit den Eltern geführt werden. Aber Sie wissen sicherlich auch, wenn Sie daran denken, dass das sehr arbeitsaufwendig ist. Wenn man das ernsthaft betreiben wollte, dann müsste man auch daran denken, die Erzieherinnen für diese zusätzlichen Aufgaben zum einen zu qualifizieren und zum anderen von anderen Tätigkeiten freizustellen; denn nur so wäre diese Aufgabe tatsächlich zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu finde ich in Ihrem Gesetzentwurf, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, leider nichts. Das heißt, die Kindertagesstätten müssten diese zusätzliche Aufgabe ohne zusätzliche Mittel, ohne zusätzliche Freistellungen meistern. Das finde ich schändlich.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen, was eine sinnvolle Lösung für einen solchen Integrationsgesetzentwurf gewesen wäre. Die entsprechenden Formulierungen finden Sie in unseren Änderungsanträgen. Ich lese es Ihnen vor. Da steht: "Die Bildungseinrichtungen ... achten und fördern die ethische, kulturelle und religiöse Identität von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen."

Einen solchen Satz vermisse ich in dem Gesetzentwurf. Ein solcher Satz hätte dazu beigetragen, dass die Bildungseinrichtungen Respekt vor der Identität aller Kinder hätten. Es gibt ihn nicht.

(Beifall des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Deswegen ist es uns nicht möglich, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihren Formulierungen zuzustimmen, und deswegen beantragen wir, diesen Gesetzentwurf in diesem Punkt zu ändern.

Ich möchte Ihnen eine weitere Formulierung von uns ans Herz legen. In Artikel 5 Absatz 5 können Sie lesen: "Die Pädagoginnen und Pädagogen der Bildungseinrichtungen ... erwerben in ihrer Aus-, Weiter- und Fortbildung interkulturelle Kompetenzen und Kompetenzen im Bereich der Förderung von Mehrsprachigkeit und Bilingualität." Auch dazu lese ich in Ihrem Gesetzentwurf leider nichts, obwohl gerade Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen in diesem Punkt ganz besonders wichtig sind. Sie glauben doch nicht, dass jede Erzieherin im Rahmen ihrer Ausbildung mit diesen Themen konfrontiert wurde. Viele sind vor Ort einfach überfordert. Sie brauchen Hilfe bei diesem Thema. Deswegen sind Aus-, Fort- und Weiterbildung hier besonders wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es schade, dass Sie diesen Aspekt nicht vorgesehen haben. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen Artikel 5 Absatz 6 unseres Änderungsantrags ans Herz legen: "An den Kindertageseinrichtungen ... sind Unterstützungssysteme im Hinblick auf fachlich qualifizierten pädagogischen Bedarf für traumatisierte Kinder ... zu etablieren." Auch dazu lese ich in Ihrem Gesetzentwurf nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, sich noch einmal zu konzentrieren; denn es kommt ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CSU – Zurufe von der CSU: Wir sind hellwach!)

– Gut, Sie sind jetzt vielleicht wieder aufgewacht.

Sie wissen vielleicht nicht, dass viele Kinder aufgrund ihrer Fluchterfahrung traumatisiert sind. Vor Integration müssen hier die Behandlung und die Hilfe stehen.

(Beifall bei der SPD)

Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann Integration gelingen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Frau Kollegin. – Kollegin Kamm hat nun die Gelegenheit zu einer Zwischenbemerkung.

Christine Kamm (GRÜNE): Liebe Kollegin Strohmayer, Sie haben den Artikel 6 dargestellt. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass in Artikel 5 Absatz 4 mit dem Entzug der Betriebserlaubnis für solche Einrichtungen gedroht wird, die diesen Artikel 6 nicht vollumfänglich umsetzen? Wie beurteilen Sie dies aufgrund dieser diffusen, schwammigen und fragwürdigen Forderungen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrte Frau Kollegin, das beurteile ich in diesem Fall als besonders schlimm für die Einrichtungen. Auf der einen Seite wird ihnen keine Hilfe angeboten. Es werden ihnen keine Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote, zum Beispiel zum Thema interkulturelle Kompetenz, gemacht. Es gibt keine Weiterbildung hinsichtlich der Kompetenz im Bereich der Förderung von Mehrsprachigkeit und Bilingualität. Auf der anderen Seite werden sie in ihrer Existenz bedroht, wenn sie die in diesem Gesetz verankerten Vorschriften nicht erfüllen. Ich meine: So geht es nicht. So kann Integration nicht gelingen.

Insgesamt kann ich nur immer wieder sagen: Artikel 6 ist überflüssig. Er ist zum großen Teil in den Ausführungsbestimmungen zum BayKiBiG geregelt. Wenn man darüber hinaus etwas regeln möchte, muss man regeln, wie man den Einrichtungen und den Erziehern Hilfestellungen geben kann. Ich habe dazu einige Ausführungen gemacht und bitte in diesem Zusammenhang, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Als nächste Rednerin hat Frau Staatsministerin Müller das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kindertageseinrichtungen dienen der Bildung, der Erziehung und der Betreuung von Kindern. Das BayKiBiG ist ein Fördergesetz. Wir weiten das auf alle Kinder aus: einheimische Kinder, Migrantenkinder, Kinder, denen wir eine Förderung zugutekommen lassen wollen. Kinder in allen Kindertageseinrichtungen sollen zentrale Elemente der christlich-abendländischen Kultur erfahren.

(Zuruf von der SPD: Was ist das? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Damit ist doch nicht gemeint, dass in Kindertageseinrichtungen eine Missionierung erfolgen soll. Es geht hier nicht um Religion, sondern es geht um Kultur. In Gottes Namen werden wir doch den Kindern, die zu uns kommen, auch beibringen können, dass wir christliche Feiertage haben und dass sich unser Kalender danach ausrichtet.

(Beifall bei der CSU)

In den Einrichtungen sollen lediglich unterstützend zum natürlich vorrangigen Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder die Fundamente für die Beachtung der Leitkultur gelegt werden. Die Religionsfreiheit der Eltern und ihrer Kinder wird dadurch nicht berührt. Es ist Teil der christlich-abendländischen Kultur, Toleranz zu üben und Respekt vor anderen Religionen zu haben. So steht es auch in Artikel 6.

Bei Kindern, deren beide Elternteile nicht deutschsprachiger Herkunft sind, ist der Gewichtungsfaktor – Kollege Vogel hat dies vorhin hervorragend angesprochen – bereits jetzt um 30 % höher; er beträgt 1,3. Zusätzlich hat die Staatsregierung 6 Millionen Euro für Projekte zur Förderung der Asylbewerber- und Flüchtlingskinder in den Einrichtungen bereitgestellt. Wir stellen auch Broschüren, Infomaterial und Lehrmaterial zur Verfügung. Es gibt zusätzliche Maßnahmen wie die "Vorkurse Deutsch 240", die darüber hinaus dazu beitragen, das frühe Zeitfenster für den Spracherwerb optimal zu nutzen.

Liebe Frau Strohmayr, ich möchte schon sagen: Weil wir wissen, dass die interkulturelle Kompetenz bei den Erzieherinnen so notwendig und wichtig ist, machen wir Fortbildungen für die Erzieherinnen, und wir fördern sie auch. Das ist unsere Zielsetzung. Das wollen wir auch. Deswegen wollen wir auch für Kinder, die einen Migrationshintergrund haben, auf Qualität setzen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Warum schreiben Sie es dann nicht ins Gesetz?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, wenn Sie so betonen, dass in den Kindergärten die kulturellen Wurzeln, vor allem die des christlich-jüdischen Abendlandes vermittelt werden sollen, bitte ich doch zu beachten, dass die Identität aller Kinder zu berücksichtigen ist. Das heißt auch, dass in den Kindertagesstätten die kulturellen Wurzeln der Kinder mit Migrationshintergrund ausreichend Raum finden und gleichwertig neben den kulturellen Wurzeln der anderen vermittelt werden müssen.

Sie sagen auch, dass Sie Fortbildungsangebote schaffen. Sie müssen dafür sorgen –

–

(Staatsministerin Emilia Müller: Wir haben sie geschaffen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Sie schaffen aber nicht ausreichend Fortbildungsangebote. Sie müssen ganz einfach dafür sorgen, dass in den Ausbildungen der Akademien vermittelt wird, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, Verschiedenartigkeit in der Kultur und auch Verschiedenartigkeit in der Sprache zu haben. Ich stelle fest, dass diese Qualität nicht in allen Kindertagesstätten vorhanden ist.

Sie schreiben in Ihrem Gesetz auch, dass die Kindertagesstätten, –

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Margit Wild (SPD): – die Erzieherinnen und Erzieher, die Eltern mehr oder weniger dazu bringen müssen, sich an der Integration ihrer Kinder zu beteiligen. Ich möchte gerne wissen, wie Sie das umsetzen wollen und welche Zeitbudgets und welche finanziellen Mittel Sie den Kindertagesstätten zur Verfügung stellen.

Auch für die verpflichtende Sprachstandserhebung muss man die Erzieherinnen qualifizieren. Auch das ist nicht in ausreichendem Maße gegeben. Auch Vorkurse Deutsch sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie müssen also noch eine Menge umsetzen, wenn Sie dem Ziel der frühkindlichen Bildung, die Sie so sehr betonen, näherkommen wollen.

(Zurufe von der CSU)

Da bleibt noch eine ganze Menge zu tun.

Im Übrigen: Ich meine, dass es eigentlich Quatsch ist, dass Sie das hier hineinschreiben, weil –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie jetzt zum Ende. Die zwei Minuten sind um.

Margit Wild (SPD): Ich sage meinen Satz noch zu Ende.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nein, bitte kommen Sie zum Ende.

Margit Wild (SPD): – nämlich alles das, was Sie fordern, in den Erziehungs- und Bildungsplänen bereits vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Liebe Frau Wild, wenn Sie mir vorhin richtig zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass die Religionsfreiheit der Eltern und ihrer Kinder nicht berührt wird.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es in der Erziehung, die wir vornehmen wollen, darum geht, dass wir zum Beispiel auch auf die Feiertage hinweisen, dass wir auf die christlich-abendländische Kultur hinweisen, berührt dies alles nicht die Religionsfreiheit. Ich habe vorhin auch gesagt, dass Toleranz und Respekt dringend erforderlich sind. Wir drängen zum Beispiel darauf, dass die interkulturelle Kompetenz bei den Erzieherinnen vorhanden ist und dass dies zum Beispiel bei der Fortbildung und Ausbildung berücksichtigt wird. Dass wir Fortbildungskurse fördern, ist eine Selbstverständlichkeit.

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen: Niemand hat gesagt, dass die Integration einfach ist. Mit dem Integrationsgesetz schaffen wir aber die Voraussetzung dafür, dass wir eine klare Leitlinie haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Ministerin, bleiben Sie noch am Rednerpult. Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung der Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe noch eine Nachfrage. Was hat die Staatskanzlei in diesem Artikel des Leitkulturgesetzes denn konkret geregelt, was Ihr Ministerium nicht schon im BayKiBiG geregelt hat, und was gilt denn, wenn diese beiden Gesetze eventuell unterschiedliche Lösungen ergeben? Entweder regeln sie nämlich genau das Gleiche – dann braucht man diesen Artikel im Leitkulturgesetz nicht –, oder sie regeln unterschiedliche Dinge. Was gilt denn dann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Zunächst darf ich Ihnen sagen: Das ist ein Gesetz der Bayerischen Staatsregierung. Alle Ressorts haben ihre Intelligenz und ihre Fachkompetenz eingebracht.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zurufe von der CSU)

Sie werden doch nicht glauben – –

(Zuruf von der CSU: Das sind geistige Nasenbohrer!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Ministerin, warten Sie, bis sie sich wieder beruhigt haben.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sie werden doch nicht glauben, dass wir uns nicht eingebracht haben. Deswegen steht dies auch im Gesetz.

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass wir das für alle Kinder vorsehen, nicht nur für die einheimischen Kinder, sondern auch für Kinder mit Migrationshintergrund.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Diese erfolgt in namentlicher Form. Die Abstimmung kann beginnen. Fünf Minuten.

– Noch eine Minute.

(Namentliche Abstimmung von 20.19 bis 20.24 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Wir lassen außerhalb des Saales auszählen. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben, die zu Artikel 6 "Frühkindliche Bildung" stattgefunden hat. – Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen und um Aufmerksamkeit. – Mit Ja haben 93 gestimmt, mit Nein haben 61 gestimmt; es gab 3 Stimmenthaltungen. Damit ist Artikel 6 angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.12.2016 zu TOP 16: Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz (BayIntG) (Drs. 17/11362) - Artikel 6 "Frühkindliche Bildung"

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann			
Halbleib Volkmarr		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hölzl Florian	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			X
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Gesamtsumme	93	61	3